

Der Staat hat genug

10 Thesen für mehr Gerechtigkeit durch
effizientere Verwendung von Steuereinnahmen

Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Thomas Straubhaar

Autoren der Studie „Der Staat hat genug – 10 Thesen für mehr Gerechtigkeit durch effizientere Verwendung von Steuereinnahmen“:

Prof. Dr. Michael Bräuninger

Jörg Hinze

Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Herausgeber:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – INSM GmbH
Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Geschäftsführer:

Hubertus Pellengahr

Projektleitung:

Stephan Einenckel

Kontaktaufnahme:

Telefon: 030 27877-179

Telefax: 030 27877-181

E-Mail: info@insm.de

Gestaltung und Produktion:

IW Medien, Köln · Berlin / Boris Mahnke, Manuel Sánchez

Fotos:

dpa, Getty Images, Fotolia

Druck:

Warlich Druck Meckenheim GmbH

Stand:

April 2013

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

Der Staat hat genug

10 Thesen für mehr Gerechtigkeit durch effizientere Verwendung von Steuereinnahmen

Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Thomas Straubhaar

VORWORT



Hubertus Pellengahr

Es ist ein ungeschriebenes Gesetz: Auch wenn der Staat in den letzten Jahren Höchststände bei den Steuereinnahmen vermeldete, schlagen die Staatsausgaben die Einnahmen doch beständig. Trotz aller Bekundungen zum Sparwillen fehlt das Geld an immer den gleichen Stellen. Die Folge: Obwohl die Steuerquellen sprudeln, erhöht die öffentliche Hand kontinuierlich die Schuldenberge.

Dabei bedeutet Politik, Weichen zu stellen und langfristige Perspektiven aufzuzeigen. Ein in diesem Sinne starker Staat setzt die richtigen Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Wettbewerb im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Ein starker Staat sichert Partizipationschancen für alle seine Bürger und hilft ihnen, sich selbst zu helfen.

Das kostet Geld. Doch viel Geld kostet es auch, wenn die öffentliche Hand das ihr anvertraute Geld für fragwürdige Subventionen, ineffiziente Verwaltungen oder stetig steigende Zinszahlungen ausgibt.

Der Staat sollte Verschwendung stoppen und die Mittelverwendung zielgerichteter gestalten, um seine ursprünglichen Aufgaben effizienter zu erfüllen. Die 2009 eingeführte Schuldenbremse hat die Dringlichkeit einer nachhaltigen Finanz- und Haushaltspolitik aufgezeigt. Dabei soll die Schuldenbremse keine lästige Pflicht sein. Vielmehr sollte sie endlich als Aufforderung zum Handeln aufgefasst werden. Investieren statt Konsumieren heißt die Devise, von der sich der Staat dabei leiten lassen sollte. Handlungsfelder gibt es genug: Die Herstellung von Chancengerechtigkeit muss das oberste Ziel bleiben. Der Staat kann trotz Schuldenbremse gestalten – und das ganz ohne Steuererhöhungen. Denn er hat genug Geld. Er muss es nur an den richtigen Stellen investieren.



Hubertus Pellengahr

Geschäftsführer Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Der Staat hat genug – 10 Thesen für mehr Gerechtigkeit durch effizientere Verwendung von Steuereinnahmen

Einführung: Der Staat hat genug	7
These 1: Der deutsche Staat hat kein Einnahmenproblem	8
These 2: Trotz moderater Steuerquote ist die Belastung hoch	9
These 3: Niedrige Schuldzinsen bergen Risiken im Staatshaushalt	11
These 4: Einnahmenerhöhungen nur scheinbar leichter als Einsparungen	12
These 5: Verschwendung verhindert effiziente Ausgabenpolitik	13
These 6: Hilfe zur Selbsthilfe steigert Leistungsanreize	14
These 7: Sparpotenziale bei Subventionen sind beträchtlich	16
These 8: Mehr Investitionen auch ohne Steuererhöhungen und Einsparungen möglich	18
These 9: Investitionen in Bildung verringern Notwendigkeit von Sozialtransfers	19
These 10: Mehr Arbeit – mehr Gerechtigkeit	21
Referenzen	22
Publikationen	23

Die Finanzmarktkrise hat das Vertrauen in den Kapitalismus und die Marktwirtschaft erschüttert. Der Staat hat private Banken gerettet. Dadurch stiegen weltweit die Schulden der öffentlichen Haushalte – auch in Deutschland. Jetzt gilt es, staatliche Einnahmen und Ausgaben wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Ob dies über eine Steigerung der Einnahmen oder eine Verringerung der Ausgaben erreicht werden soll, ist allerdings umstritten. Die Forderung nach Vermögens- und Reichensteuern sowie höheren Einkommen- und Kapitalertragsteuern spricht sich leicht aus. Für höhere Steuern besteht jedoch keine Notwendigkeit. Denn der Staat hat genug Geld. Und zwar so viel wie nie zuvor: Fast 1,2 Billionen Euro waren es im vergangenen Jahr. Die Steuerquellen spülten 2012 erstmals mehr als 600 Milliarden Euro in die staatlichen Kassen. Nicht am Geld mangelt es also, sondern an den richtigen Prioritäten dafür, wofür der Staat Geld ausgibt. Das sieht im Übrigen auch die Bevölkerung so. Über 90 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass der Staat genug Geld einnimmt.

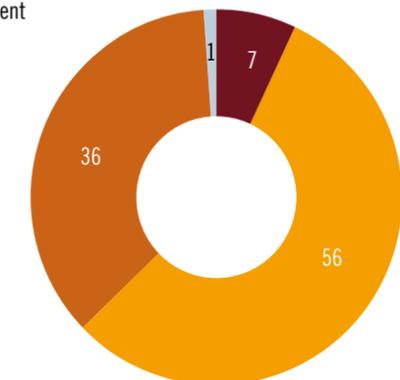
Ziel einer nachhaltigen Finanzpolitik muss die effizientere Nutzung der trotz Einnahmenrekord knappen öffentlichen Mittel sein. Dabei geht es darum,

1. die Verschwendung zu stoppen,
2. die Verwendung zu verbessern und
3. die Prioritäten neu zu setzen.

Dadurch stünden auf der Ausgabenseite zusätzliche öffentliche Mittel in zweistelliger Milliardenhöhe zur Verfügung. Ohne zusätzliche Schulden oder Steuererhöhungen könnten sie für Ausgaben im Bildungs- und Forschungsbereich, für Infrastrukturprojekte, die Energiewende und das Gesundheitswesen verwendet werden. Geld ist also vorhanden. Es muss nur richtig ausgegeben werden.

Steuereinnahmen Bürger finden: Der Staat hat genug Geld

in Prozent



Welcher der Aussagen zu den Steuereinnahmen des Staates trifft zu? Der Staat hat

- zu wenig
- zu viel
- genug
- weiß nicht, keine Angabe

Quelle: TNS Emnid-Umfrage (März 2013)

THESE 1

DER DEUTSCHE STAAT HAT KEIN EINNAHMENPROBLEM

Weder beim Niveau noch bei der Dynamik hat der deutsche Staat ein Einnahmenproblem. Sowohl Staats- wie Steuereinnahmen liegen auf Rekordhöhen.

Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass die Staatseinnahmen ebenso wie die Staatsausgaben stärker expandiert sind als das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Die Staatseinnahmenquote als Relation der gesamten öffentlichen Einnahmen zum nominalen BIP bewegt sich aktuell mit knapp 45 Prozent wieder im historisch oberen Bereich.

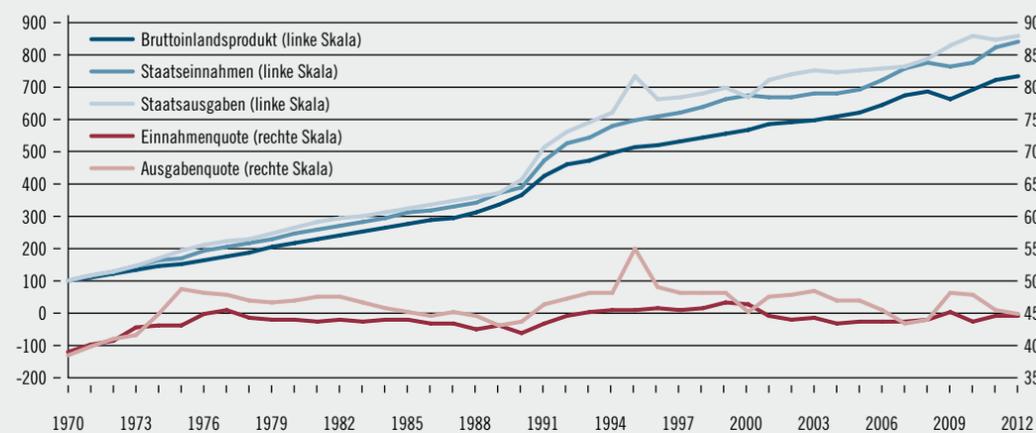
Rekordeinnahmen bedeuten aber nicht, dass der Staat nicht über ein effizienteres Steuersystem nachdenken muss. Grundsätzlich sollte er eine Umschichtung von direkten zu indirekten Steuern anstreben. Wichtigste Baustellen sind hier momentan:

1. die Kompensation der sogenannten kalten Progression in der Einkommensteuer und
2. die Überprüfung der verminderten Mehrwertsteuer.

Durch den Progressionseffekt nimmt die Steuer auf die Einkommen schneller zu als die Einkommen selbst. Das gilt umso mehr, je höher die Inflation ist. Wenn überhaupt, wird dieser Effekt mit zeitlicher Verzögerung und meist nur teilweise durch Steuerreformen korrigiert. Der für diese Legislaturperiode versprochene Abbau der kalten Progression ist nicht zustande gekommen. Das Netto der Arbeitnehmer blieb zwar zunächst stabil. Grund dafür waren leicht erhöhte Freibeträge (Grundfreibetrag und Arbeitnehmerpauschbetrag) sowie niedrigere Rentenversicherungsbeiträge. Doch schon aus demografischen Gründen wird der Druck auf die Nettoeinkommen künftig steigen.

Einnahmen- und Ausgabenentwicklung des Staates seit 1970

Index 1970 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt (2013); HWWI

Abbildung 1

THESE 2

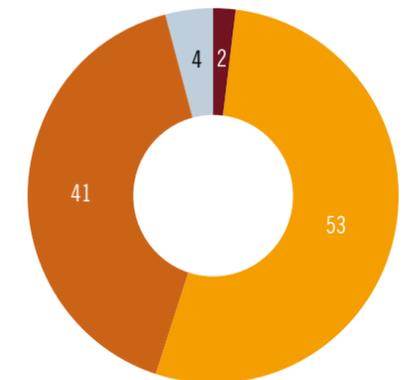
TROTZ MODERATER STEUERQUOTE IST DIE BELASTUNG HOCH

„Arbeit muss sich lohnen“ und „mehr Netto vom Brutto“: Das sind Forderungen, die zu recht breite politische Zustimmung finden. Die Belastung der Arbeitseinkommen durch Steuern und Sozialabgaben hat einen wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung, entweder hart zu arbeiten und dafür entlohnt zu werden, sich in der Schattenwirtschaft schwarz Geld zu verdienen oder staatliche Transfers zu beantragen. Deshalb ist es richtig, dass gerade Geringverdienende so wenig wie möglich mit Steuern und Sozialabgaben belastet werden. Für die Mehrheit der Beschäftigten mit mittleren und höheren Einkommen sieht die Realität anders aus. Für Arbeitnehmer mit Familie und zwei Kindern ist die Abgabenbelastung hoch, für ledige Arbeitnehmer ohne Kinder ist sie sehr hoch (vgl. OECD 2011). Diese Abgaben weiter zu erhöhen, würde die Leistungsanreize beeinträchtigen. Das gilt besonders, da die Sozialversicherungsbeiträge auf mittlere bis längere Sicht aus demografischen Gründen wieder steigen werden. Hier hat es die Bundesregierung in der ablaufenden Legislaturperiode nicht einmal geschafft, den Progressionseffekt zu kompensieren. Bei Steueränderungen muss es daher vor allem um strukturelle Änderungen gehen, nicht um Erhöhungen direkter Steuern. Letzteres würde Konjunktur und Wachstum dämpfen.

Steuern & Abgaben

Fast jeder Zweite klagt über zu hohe Last

in Prozent

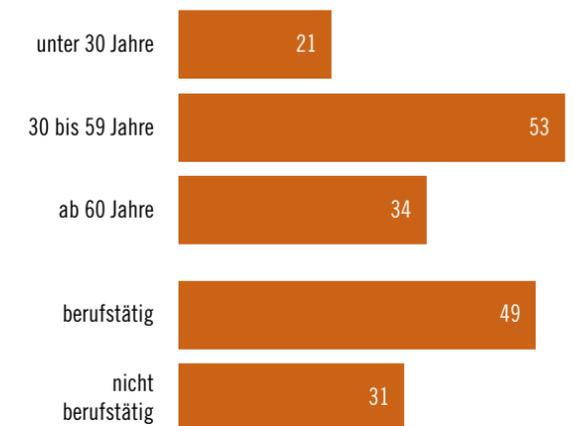


Wie bewerten Sie Ihre persönliche Belastung durch Steuern und Sozialabgaben?

- zu niedrig
- zu hoch
- angemessen
- weiß nicht, keine Angabe

Vor allem berufstätige Leistungsträger kritisieren zu hohe Abgaben

in Prozent



Quelle: TNS Emnid-Umfrage (März 2013)

THESE 3

NIEDRIGE SCHULDZINSEN BERGEN RISIKEN IM STAATSHAUSHALT

Die deutsche Regierung kann ihre Verschuldung gegenwärtig zu außergewöhnlich günstigen Konditionen refinanzieren. Die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen beträgt derzeit rund 1,5 Prozent, für kurzfristige Papiere liegt sie nur bei etwa 0,25 Prozent. Der Realzins ist bei der aktuellen Inflationsrate von 1,5 bis 2 Prozent sogar leicht negativ. Die Zinsausgaben aller deutschen öffentlichen Haushalte waren 2012 nicht höher als Mitte der 1990er Jahre, als sie 65 Milliarden Euro betragen. Und das, obwohl sich die deutsche Staatsschuld in derselben Periode von 1 auf 2,1 Billionen Euro mehr als verdoppelt hat. Die durchschnittliche Rendite öffentlicher Anleihen ist in dieser Zeit von knapp 6,5 auf fast 3 Prozent gesunken. Dabei profitiert die Bundesrepublik von der Niedrigzinspolitik der EZB und davon, dass Deutschland an den Märkten als sicherer Hafen gilt.

Die Zinersparnisse kumulieren sich über die Zeit auf beträchtliche Milliardensummen. Würden die Zinsen für deutsche Staatsanleihen wieder auf frühere Werte ansteigen, würde sich der jährliche Schuldendienst rapide erhöhen und die Finanzierung des Staatshaushalts vor große Probleme stellen. Würde sich der Durchschnittszins für deutsche Staatsanleihen beispielsweise wieder auf das Niveau von Mitte der 1990er Jahre erhöhen, würde die Zinslast auf fast 130 Milliarden Euro hochschnellen. Das hieße, dass 75 Milliarden Euro zusätzlich zu finanzieren wären. In Relation zum BIP sind das fast 3 Prozent.

Entwicklung von Staatsschuld und Zinsdienst

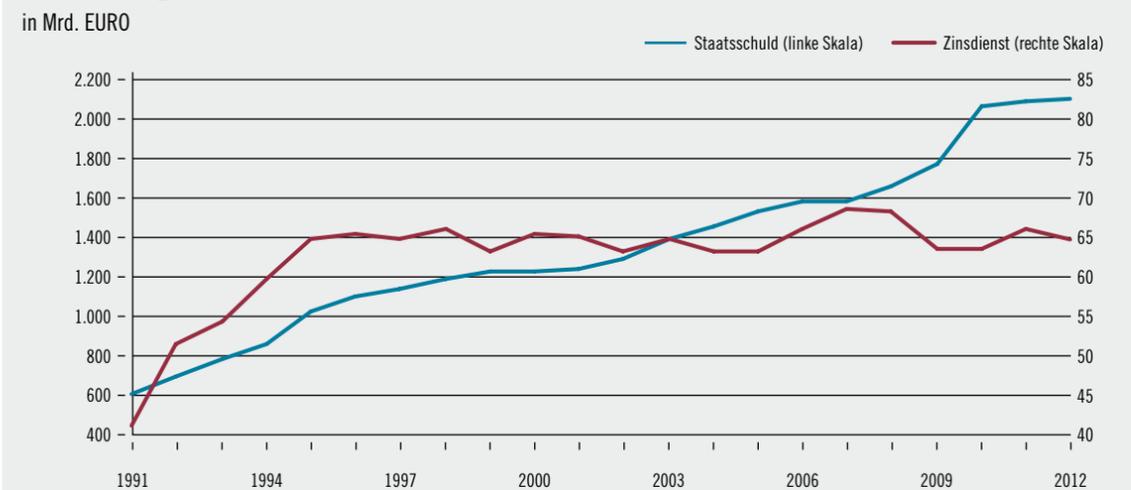


Abbildung 2

Einkommensteuer und Arbeitgeber- und Arbeitnehmersozialbeiträge 2011

Land ¹	Abgabenbelastung Anteil ²	Einkommensteuer	Sozialbeiträge		Arbeitskosten ⁴ kaufkraftbereinigt in Dollar
			Arbeitnehmer	Arbeitgeber	
in Prozent der Arbeitskosten ³					
Deutschland	49,8	15,9	17,4	16,5	65.788
Belgien	55,5	21,7	10,8	23,1	64.169
Niederlande	37,8	14,5	14,0	9,2	60.765
Luxemburg	36,0	13,3	11,7	11,0	60.063
Österreich	48,4	11,9	14,0	22,6	59.671
Frankreich	49,4	10,0	9,6	29,7	58.862
Vereinigtes Königreich	32,5	14,1	8,5	9,9	57.711
Norwegen	37,5	19,0	6,9	11,6	57.278
Schweden	42,8	13,6	5,3	23,9	55.351
Schweiz	21,0	9,4	5,8	5,8	54.919
Finnland	42,7	18,5	5,8	18,4	53.652
Vereinigte Staaten	29,5	15,7	5,2	8,7	51.255
Japan	30,8	6,6	11,7	12,4	51.089
Dänemark	38,7	28,0	10,7	0,0	48.994
Korea	20,3	3,9	7,3	9,2	48.370
Italien	47,6	16,1	7,2	24,3	48.025
Australien	26,7	21,0	0,0	5,6	47.530
Spanien	39,9	12,0	4,9	23,0	46.151
Island	34,0	25,6	0,5	8,0	44.011
Irland	26,8	13,5	3,6	9,7	43.442
Kanada	30,8	13,9	6,5	10,5	41.939
Portugal	39,0	10,9	8,9	19,2	34.446
Israel	19,8	8,0	7,4	4,5	33.594
Neuseeland	15,9	15,9	0,0	0,0	32.426
Slowenien	42,6	9,7	19,0	13,9	32.018
Tschechien	42,5	8,9	8,2	25,4	27.963
Ungarn	49,4	13,6	13,6	22,2	25.960
Türkei	37,7	10,7	12,9	14,2	25.323
Estland	40,1	12,5	2,1	25,6	25.051
Polen	34,3	5,9	15,5	12,9	23.607
Slowakei	38,9	7,5	10,6	20,8	23.460
Chile	7,0	0,0	7,0	0,0	14.530
Mexiko	16,2	4,4	1,2	10,5	12.337

¹ Reihenfolge der Länder entsprechend der Arbeitskosten.

² Rundungen können dazu führen, dass die Summe um einen Prozentpunkt von der Summe aus Einkommensteuer und Sozialbeiträgen abweicht.

³ Alleinstehende ohne Kinder mit mittlerem Einkommen.

⁴ Unter Einschluss von Lohnsteuern.

Quellen: OECD (2011); HWWI

Tabelle 1

THESE 4

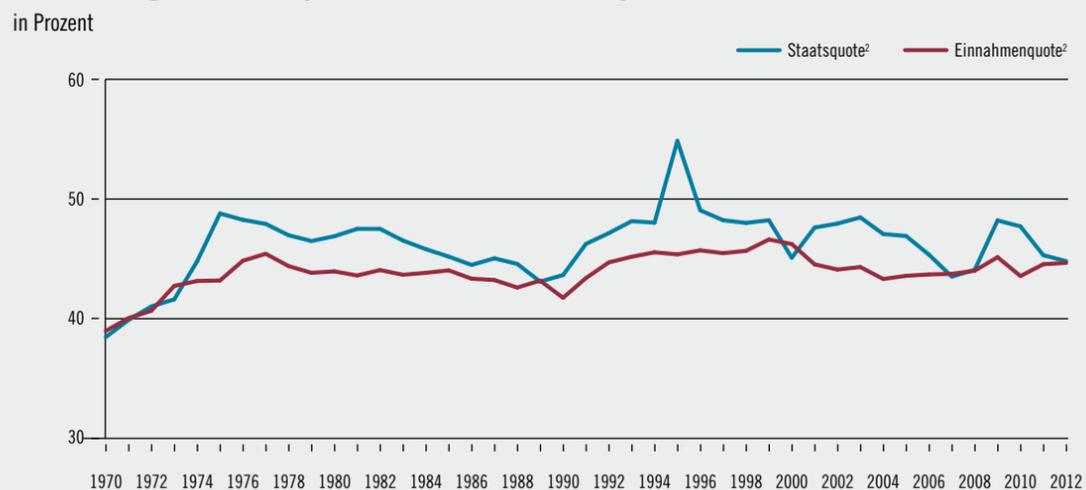
EINNAHMENERHÖHUNGEN NUR SCHEINBAR LEICHTER ALS EINSPARUNGEN

Politisch ist es einfacher, Staatsdefizite durch Schulden oder Steuererhöhungen zu decken als nach Einsparungen zu suchen. „Die Netto-Kreditaufnahme ist ein wunderbares Instrument, um Konflikte zu vermeiden. Mit der Schuldenaufnahme werden Gruppen belastet, die keine Lobby haben – unsere Kinder und künftige Generationen.“ (Vgl. Engels 2013)

Die Staatsausgabenquote beträgt schon jetzt rund 45 Prozent. Damit wird fast jeder zweite Euro vom Staat ausgegeben. Entsprechend ist die Verwendung politisch festgelegt. Leitmotiv einer verantwortungsvollen Ausgabenpolitik sollte sein, die durch Steuern

und andere Abgaben der Bürger erzielten Einnahmen effizient auszugeben. Oft ergibt sich hingegen der Eindruck, dass mit öffentlichen Mitteln wie mit dem Geld Dritter umgegangen wird. Wenn das Geld ausgeht, wird nach weiterem gerufen, häufig auch nach einer Erhöhung der Einnahmen. Nicht Haushaltsüberschüsse, sondern bereits positive Steuerschätzungen für die – unsichere – Zukunft ermuntern die Politiker selbst in Defizitzeiten nicht selten zu neuen Ausgabenforderungen. Oft werden Forderungen nach höheren Steuern auch mit höherwertigen Ausgabenverwendungen wie Bildung oder mehr sozialer Gerechtigkeit begründet.

Entwicklung der Staatsquote und der Einnahmenquote in Deutschland¹



¹ Einnahmen ohne die Erlöse aus Versteigerung von Frequenzbändern in den Jahren 2000 und 2010. Ausgaben ohne die Übernahme von Schulden durch den Erblastenteilungsfonds im Jahr 1995. ² Gesamtstaatliche Einnahmen und Ausgaben in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Abbildung 3

THESE 5

VERSCHWENDUNG VERHINDERT EFFIZIENTE AUSGABENPOLITIK

Es gibt zahlreiche Beispiele für die Verschwendung öffentlicher Mittel. Bundes- und Landesrechnungshöfe (vgl. Bundesrechnungshof 2012) sowie die jährlichen Schwarzbücher des Bundes der Steuerzahler zeigen die Dimensionen auf (vgl. BdSt 2012). Der Bundesrechnungshof hat allein für den Bund erst kürzlich Einsparmöglichkeiten in Höhe von 25 Milliarden Euro ermittelt (vgl. Die Welt 2013). Laut Steuerzahlerbund gibt es überdies jährliche Fehl Ausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass dies alles lediglich die Spitze des Eisbergs ist. Ineffizienzen gibt es auch im Kleinen in öffentlichen Verwaltungen. Dann beispielsweise, wenn nicht ausgeschöpfte Haushaltsmittel kurz vor Verfall zum Jahresende noch schnell für nicht immer erforderliche Ausgaben verwendet werden.

Offenbar ist auch die Bevölkerung der Meinung, dass mehr Geld für den Staat nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern mehr Verschwendung führen würde. So stimmen weniger als 10 Prozent der Befragten dem Vorschlag zu, Steuern zu erhöhen, damit der Staat mit dem zusätzlichen Geld für mehr Gerechtigkeit sorgen könne.

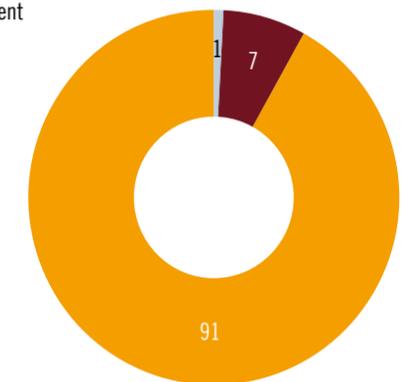


Öffentliche Investitionen sind nicht immer ökonomisch sinnvoll.

Gerechtigkeit

Neuordnung vorhandener Mittel wird von den allermeisten bevorzugt

in Prozent



Welchem der Vorschläge stimmen Sie zu?

- Die Steuern sollten erhöht werden, damit der Staat mit dem zusätzlichen Geld für mehr Gerechtigkeit sorgen kann.
- Der Staat sollte keine Steuern erhöhen, sondern das vorhandene Geld anders einsetzen, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.
- weiß nicht, keine Angabe

Quelle: TNS Emnid-Umfrage (März 2013)

THESE 6

HILFE ZUR SELBSTHILFE STEIGERT LEISTUNGSANREIZE

Statt für faire Zugangs- und Erwerbsmöglichkeiten aller Menschen auf offenen Märkten zu sorgen, versuchen Staat und Politik, eine möglichst hohe Gleichheit von Lebensbedingungen herzustellen – notfalls auch gegen den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel. Nicht den Rahmenbedingungen einer freien und sozialen Marktwirtschaft wird die größte Aufmerksamkeit geschenkt, sondern der permanenten Korrektur ihrer Resultate. Noch zugespitzt: Statt Chancen zu eröffnen, wird Geld verteilt.

Leistungsgerechtigkeit setzt Leistungsfähigkeit voraus. Die Gemeinschaft muss daher subsidiäre Auffanglösungen schaffen, wenn jemand zeitweilig in Not gerät oder dauerhaft aufgrund persönlicher Umstände nicht leistungsfähig ist. Ein Beispiel ist die Grundsicherung,

ein anderes die Pflicht zur Absicherung des Pflegers. Aber auch hier gilt es zu vermeiden, dass gut gemeinte Regelungen zu Fehlanreizen führen. Die Gefahr ist, dass eigene Vorkehrungen gemindert werden und die Bereitschaft der Steuerzahler zur Finanzierungsbeteiligung sinkt.

Der Staat wurde in Deutschland seit den 1970er Jahren am falschen Ende aufgeblasen. Gestärkt wurden in erster Linie Institutionen und Leistungen zur sozialen Sicherung, die die Folgen möglichen Marktversagens nachträglich korrigieren sollten. Der größte Ausgabenposten in den öffentlichen Haushalten sind die monetären Sozialleistungen, gefolgt von den sozialen Sachleistungen. Zusammen machen diese mehr als die Hälfte aller Staatsausgaben aus. Dabei wird

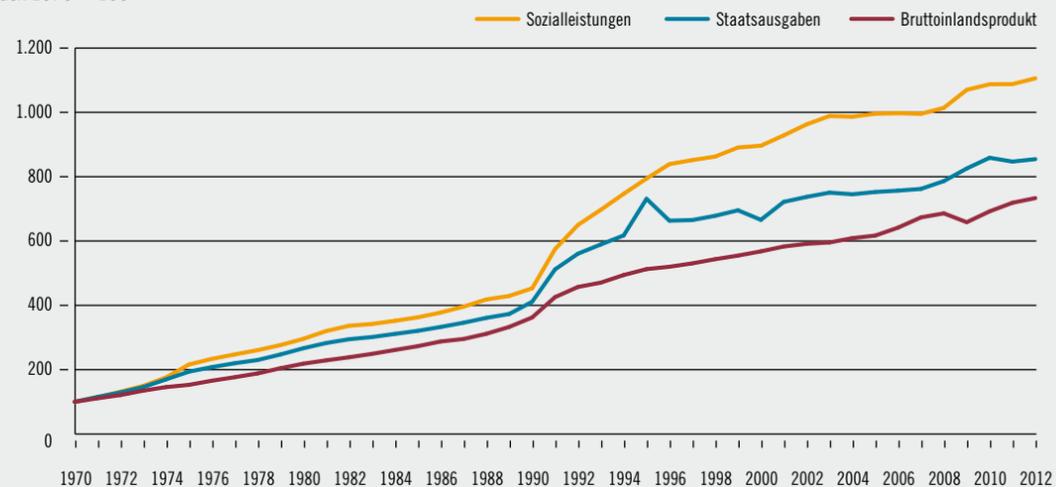
staatliches Geld vielfach nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet. Für eine bessere Zielgenauigkeit sollte sich staatliches Handeln am Subsidiaritätsprinzip orientieren. So muss der Staat ein ausgewogenes Gleichgewicht von Anreizen zur Eigenverantwortung, Hilfe zur Selbsthilfe und solidarischer Unterstützung herstellen.

Seit Gründung der Bundesrepublik wurden existenzielle Transferleistungen wie das Arbeitslosengeld sukzessive durch erhebliche Leistungskürzungen verwässert. Andererseits wurden in ihrer Effizienz heftig umstrittene Leistungen wie das Betreuungsgeld eingeführt. Trotz einst sicherer Renten wird mehr und mehr über Altersarmut diskutiert. Dies ist vor allem eine Folge der ungünstigen demografischen Entwicklung. Aber der Sozialversicherung wurden auch eine Reihe versicherungsfremder Leistungen aufgebürdet. Letztere sollen zwar durch einen Bundeszuschuss aus-

geglichen werden. Doch es ist umstritten, ob dies in ausreichendem Maße geschieht. In Zeiten von Überschüssen in der Sozialversicherung, wie wir sie gegenwärtig erleben, sind die Finanzminister geneigt, diese Zuschüsse zu kürzen. Auch die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen in der Sozialversicherung ist sozial ungerecht. Alleinerziehende Mütter beispielsweise, die gezwungen sind zu arbeiten, um die alltäglichen Lebenshaltungskosten finanzieren zu können, müssen mit ihren Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung auch kinderlose, nichterwerbstätige Frauen mitfinanzieren, die es sich leisten können, zu Hause zu bleiben. Grundsätzlich orientieren sich viele Transferleistungen an der am Einkommen gemessenen Leistungsfähigkeit und nicht an der potenziellen Leistungsfähigkeit. Die Orientierung an der potenziellen Leistungsfähigkeit könnte das Transfer volumen jedoch merklich vermindern und zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen.

Entwicklung monetärer und sachlicher Sozialleistungen

Index 1970 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt (2013); HWWI

Abbildung 4



In der gesetzlichen Krankenversicherung finanzieren berufstätige Alleinerziehende die Versicherung von Nichtberufstätigen mit.

SPARPOTENZIALE BEI SUBVENTIONEN SIND BETRÄCHTLICH

Jeden Euro, den der Staat ausgibt, mussten die Bürger vorher erwirtschaften. Deshalb hat die Bevölkerung einen Anspruch darauf, dass das Geld effizient eingesetzt und nicht für Überflüssiges oder Unsinniges vergeudet wird. Das gilt besonders bei Subventionen und kostspieligen Wahlgewinnen.

Der Abbau von Subventionen ist ein Dauerthema, wenn nach Sparmöglichkeiten in den öffentlichen Haushalten gesucht wird – bislang allerdings ohne nachhaltigen Erfolg. Nach Angaben des 23. Subventionsberichts der Bundesregierung betrug das Volumen der Subventionen von Bund, Ländern, Gemeinden, ERP und EU im Jahr 2012 31,2 Milliarden Euro. 2010 waren es 52,2 Milliarden Euro (vgl. Bundesregierung 2011, Seite 21). Nach der Kieler Studie zum Subventionsabbau von Anfang 2011 hatten die Subventionen in Deutschland im Jahr 2010 eine Höhe



Ein großer Teil der Subventionen in Deutschland ist wirtschaftlich unsinnig.

von 163,6 Milliarden Euro (vgl. Boss/Rosenschon 2011, Seite 17). Die erheblichen Unterschiede in den Volumina ergeben sich vor allem aus unterschiedlichen Subventionsabgrenzungen. Dieser Subventionsdschungel in Deutschland ist nur für Experten wirklich durchschaubar. Sicherlich beruhte ein Teil der Subventionen im Jahr 2010 noch auf Finanzhilfen für Banken im Zusammenhang mit der damaligen Finanzkrise. Aber selbst in den Jahren vor Ausbruch der Finanzkrise betrug die Subventionen der Kieler Studie zufolge zwischen 140 und 150 Milliarden Euro.

Vielfach handelt es sich bei den Subventionen um Besitzstände, die verteidigt werden, wirtschaftlich aber unnötig sind. Wiederholt sollten Expertengremien Streichlisten ausarbeiten, zum Beispiel die Steinbrück-Koch-Kommission. Deren Kürzungsvorschläge beliefen sich auf etwas mehr als 10 Milliarden Euro. Von den Vorschlägen wurde bislang aber kaum einer umgesetzt. Häufig wurden pauschale Kürzungen nach der Rasenmähermethode vorgeschlagen. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft kam in einem Gutachten zum Subventionsabbau zu Einsparmöglichkeiten von 58 Milliarden Euro (vgl. Boss/Rosenschon 2011). Selbst wenn derartige Größenordnungen ehrgeizig erscheinen, sind die Sparpotenziale und Möglichkeiten der Umwidmung von Mitteln erheblich.

Subventionen (ohne Grenzfälle) 2000 – 2010

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Finanzhilfen:											
Bund ¹ in Mio. EURO	25.981	21.434	22.644	21.954	21.531	23.597	25.163	23.862	23.461	29.322	35.260
Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ in Mio. EURO										5.220 ²	1.980 ²
Sondervermögen „Kinderbetreuungs-ausbau“ in Mio. EURO									1.035	1.421	1.809
Länder und Gemeinden insg. in Mio. EURO	59.255	59.451	59.087	57.792	56.793	56.012	55.852	55.545	59.169	63.092	62.500 ²
Originäre Hilfen der Länder in Mio. EURO	47.214	47.728	47.364	46.559	45.587	44.783	44.793	45.228	50.235	54.077	53.466
Indirekte Finanzhilfen des Bundes in Mio. EURO	12.041	11.723	11.723	11.233	11.206	11.229	11.059	10.317	8.934	9.015	9.034
EU in Mio. EURO	5.938	6.243	6.166	6.453	6.152	6.255	7.707	5.152	5.101	5.990	5.512
Bundesagentur für Arbeit in Mio. EURO	9.078	8.998	8.830	8.334	7.765	5.753	4.883	4.239	4.015	5.412	4.800 ²
Zusammen in Mio. EURO	99.952	96.126	96.727	94.533	92.241	91.617	93.605	88.798	92.781	110.457	111.861
Nachrichtlich: Kompensationszahlungen des Bundes in Mio. EURO								518	1.854	1.854	1.854
Steuervergünstigungen in Mio. EURO	49.682	49.607	51.065	51.792	52.092	52.252	50.797	53.886	52.962	51.848	51.758
Subventionen in Mio. EURO	149.634	145.733	147.792	147.325	144.333	143.869	144.402	142.684	145.743	162.305	163.619
Subventionen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt	7,3 %	6,9 %	6,9 %	6,8 %	6,5 %	6,4 %	6,2 %	5,9 %	5,9 %	6,8 %	6,5 %
Nachrichtlich: Grenzfälle (Bund und Länder) in Mio. EURO	7.092	7.811	7.726	7.243	6.690	6.974	7.031	6.999	7.496	8.189	–

¹ Direkte Finanzhilfen; indirekte Finanzhilfen bei den Finanzhilfen der Länder und der Gemeinden erfasst.

² Geschätzt.

Tabelle 2

THESE 8

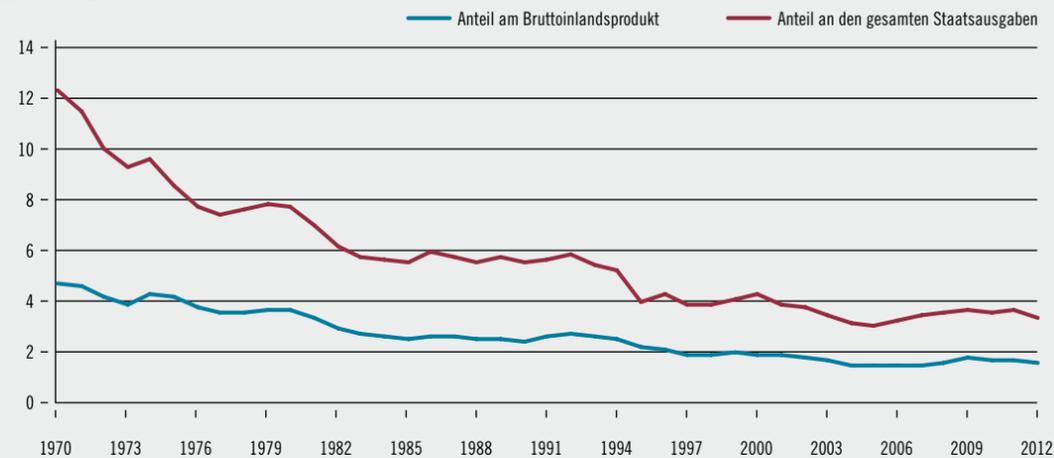
MEHR INVESTITIONEN AUCH OHNE STEUER- ERHÖHUNGEN UND EINSPARUNGEN MÖGLICH

Eine Umstrukturierung ineffizienter öffentlicher konsumtiver Ausgaben zugunsten investiver Ausgaben für Bildung, Forschung, Infrastruktur und Gesundheit könnte Wachstumsimpulse freisetzen. Stärkeres Wachstum erhöht die Steuerergiebigkeit auch ohne Steuererhöhungen und erleichtert somit ebenfalls die Konsolidierung. Auf längere Sicht sind mehr öffentliche Investitionen und Konsolidierung ohne gleichzeitige Steuererhöhungen und Sparmaßnahmen kein Widerspruch.

Im Jahr 1970 betrug der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen des Staates an dessen Gesamtausgaben noch gut 12 Prozent und der Anteil am Bruttoinlandsprodukt mehr als 4,5 Prozent. Inzwischen ist er auf 3,5 beziehungsweise 1,5 Prozent gesunken. Selbst nach der Wiedervereinigung hat sich die Investitionsquote trotz des Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern lediglich geringfügig erhöht. Der verstärkte Ausbau in den neuen Bundesländern ging zulasten der alten Bundesländer, da hier die Investitionsquote umso niedriger ausfiel.

Entwicklung der öffentlichen Investitionen

Angaben in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt (2013), HWWI

Abbildung 5

THESE 9

INVESTITIONEN IN BILDUNG VERRINGERN NOTWENDIGKEIT VON SOZIALTRANSFERS

„Bildung für alle“ wurde einst propagiert, um Chancengerechtigkeit zu erzielen. Tatsächlich aber hat das deutsche Bildungssystem wie kaum ein anderes die Vererbung von Bildungschancen zementiert. Die Bildung der Eltern bestimmt immer noch maßgeblich den Bildungserfolg der Kinder.

Nach einer empirischen Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Januar 2013 bestimmt der Familienhintergrund annähernd die Hälfte der Ungleichheit der individuellen Arbeitseinkommen in Deutschland. Über die Hälfte der Variation im formalen Bildungserfolg lässt sich ebenfalls mit dem familiären Hintergrund erklären (vgl. Schnitzlein 2013). Diese Befunde zeigen, dass unser Bildungssystem durchlässiger zu werden hat. Staatliche Angebote müssen zudem eine fehlende private Förderung der Kinder aus bildungsfernen Familien frühzeitig kompensieren.

Gerechtigkeit wird nicht anhand des Volumens der Staatsausgaben gemessen. Gerechtigkeit wird in Chancen gemessen. Ob jung oder alt, ob Mann oder Frau, ob reich oder arm – alle müssen die Chance haben, vorhandene Talente und Fähigkeiten einzubringen, um aufzusteigen und individuellen Wohlstand zu steigern.

In der Verbesserung des Bildungssystems liegt der Schlüssel zu mehr Gerechtigkeit. Noch immer verlassen rund 50.000 Schüler jährlich die Schule ohne jeden Abschluss und 17 Prozent der 20- bis 30-Jährigen bleiben ohne Berufsausbildung. Damit werden dieser Gruppe Chancen verbaut. Das ist ungerecht und weder ökonomisch noch gesellschaftlich akzeptabel.

Die Bevölkerung spricht zurecht der Bildung die größte Bedeutung zu, wenn es um die Frage geht, innerhalb welcher Aufgabenbereiche der Staat künftig mehr Gerechtigkeit schaffen kann.

Eine Reform des Bildungssystems ist vor allem eine Reform der Bildungsfinanzierung. Um die Vererbung von Bildungsbiografien zu durchbrechen, muss der Staat deutlich mehr in die Chancengleichheit von Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen aus bildungsfernen oder einkommensschwachen Haushalten investieren. Vor allem im Elementar- und Primärbereich sind diese Investitionen gut angelegt. Frühe Qualitätssicherung ist hier effizienter, als später teure und mühselige Reparaturarbeit leisten zu müssen. Diesen Anforderungen wird die heutige Bildungsfinanzierung bei Weitem nicht gerecht.



Investitionen in die Bildung der Jüngsten zahlen sich besonders aus.

Boss, A.; Rosenschon, A. (2011):

Subventionsabbau in Deutschland, Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – INSM GmbH, Kiel.

Bund der Steuerzahler (BdSt) (2012):

Die öffentliche Verschwendung 2012. <http://schwarzbuch.steuerzahler.de>, 29.02.2013.

Bundesrechnungshof (2012):

Bemerkungen 2012 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung. <http://bundesrechnungshof.de/veroeffentlichungen/bemerkungen-jahresberichte/bemerkungen-2012.pdf>

Bundesregierung (2011):

23. Subventionsbericht, http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Subventionspolitik/23-subventionsbericht-der-bundesregierung-anlage1.pdf?__blob=publicationFile&cv=2, 28.02.2013.

Die Welt (2013):

Samstag, 09.02.2013.

Engels, D. (2013):

Bund soll sich einschränken, in: Die Welt vom 09.02.2013.

OECD (2011):

OECD Economic Outlook, Vol. 2011, No. 90.

OECD (2012):

Taxing Wages 2011, http://www.oecd-ilibrary.org/taxation/taxing-wages-2011_tax_wages-2011-en, 28.02.2013.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2012):

Stabile Architektur für Europa – Handlungsbedarf im Inland, Jahresgutachten 2012/13, Wiesbaden.

Schnitzlein, D. D. (2013):

Wenig Chancengleichheit in Deutschland: Familienhintergrund prägt eigenen ökonomischen Erfolg, in: DIW Wochenbericht, Nr. 4, Berlin.

Statistisches Bundesamt (2013):

destatis, 12.02.2013.

SCHRIFTENREIHE DER INITIATIVE NEUE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT



Heft 9 Mai 2012

Dr. Christian Fahrholz, Prof. Dr. Andreas Freytag, Prof. Dr. Christoph Ohler

Ein Rahmen für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Studie der Friedrich-Schiller-Universität Jena



Heft 4 Oktober 2010

Dr. Joachim Ragnitz, Robert Lehmann, Michaela May

Bilanz – 20 Jahre Deutsche Einheit

Gutachten vom Institut für Wirtschaftsforschung (ifo Dresden)



Heft 8 Juni 2011

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Stefan Moog, Johannes Vatter

Fehlförderung in der deutschen Sozialversicherung

Gutachten des Forschungszentrums Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



Heft 3 September 2010

Ralph Brügelmann, Dr. Rolf Kroker

Haushaltskonsolidierung

Argumente für eine Begrenzung staatlicher Defizite und Schulden



Heft 7 März 2011

Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Prof. Dr. Michael Bräuninger

Wege zur Vollbeschäftigung

Gutachten des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI)



Heft 2 August 2010

Prof. Dr. Christoph Kaserer

Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten

Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie



Heft 6 März 2011

Ralph Brügelmann, Dr. Rolf Kroker, Dr. Thilo Schaefer

Faktencheck Schuldenbremse und Schuldencheck Bundesländer

Eine Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)



Heft 1 August 2010

Prof. Dr. Andreas Freytag

Was ist neu an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft?

Eine Agenda



Heft 5 Januar 2011

Dr. Alfred Boss, Dr. Astrid Rosenschon

Subventionsabbau in Deutschland

Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel (IfW)

inism.de
inism.de/publikationen
inism.de/newsletter

facebook.com/marktwirtschaft
 oekonomenblog.de



Prof. Dr. Michael Bräuninger, 1982 bis 1988 Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Münster, Edinburgh und Hamburg. Von 2005 bis 2006 zuständig für den Bereich „Öffentliche Finanzen“ am Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA). Teilnahme an Gemeinschaftsdiagnose und Steuerschätzung. Von 1997 bis 2009 Privatdozent an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seit 2006 Leiter der Themenfelder „Konjunktur und globale Märkte“ sowie „Energie und Rohstoffmärkte“ am Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitut (HWWI). Seit 2009 Professor an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seit Januar 2011 Forschungsdirektor am Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitut (HWWI).



Jörg Hinze, 1979 Abschluss des Studiums der Volkswirtschaftslehre an der Universität München. Von 1980 bis 2007 Economist in verschiedenen Forschungsabteilungen des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA) mit den Forschungsschwerpunkten Internationale Konjunktur, deutsche Konjunktur und Arbeitskosten. Seit 2007 Senior Economist am Hamburgischen WeltWirtschaftsInstitut (HWWI) mit dem Schwerpunkt Analyse der Konjunktur in Deutschland und Lehrbeauftragter an der Universität Hamburg.



Prof. Dr. Thomas Straubhaar, 1981 Abschluss des Studiums der Volkswirtschaftslehre an der Universität Bern (Lic. rer. pol.). Von 1992 bis 1999 Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg. Seit 1999 Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik an der Universität Hamburg. Von 1999 bis 2006 Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA). Seit April 2005 Direktor und Sprecher der Geschäftsführung des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Georgenstraße 22 · 10117 Berlin
T 030 27877-171 · F 030 27877-181

info@insm.de insm.de facebook.com/marktwirtschaft

INITIATIVE
NEUE **SOZIALE**
MARKTWIRTSCHAFT